



**Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V.
im Rat der Stadt Köln**

An den
Vorsitzenden des
Rates

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 19.02.2008

AN/0345/2008

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	04.03.2008

**Resolution zum Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan in Köln im
Februar 2008**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schramma,

die Fraktion pro Köln bittet Sie, den folgenden Antrag in die Tagesordnung der Sitzung des Rates der Stadt Köln am 4. März 2008 aufzunehmen:

Der Rat der Stadt Köln weist die vom türkischen Ministerpräsidenten Erdogan in der KölnArena am 10. Februar 2008 erhobene Forderung nach einer Einführung türkischer Schulen und Universitäten in Deutschland zurück. Er nimmt die Plakatkampagne einer der türkischen Regierung nahestehenden Organisation in Köln für diesen Auftritt Erdogans mit Befremden zur Kenntnis und betont, daß die Integration von Menschen türkischer Herkunft in die deutsche Gesellschaft den Erwerb der deutschen Sprache und eine Hinwendung zu den hiesigen Themen des öffentlichen Lebens anstelle einer Fixierung auf die innenpolitischen Angelegenheiten der Türkei voraussetzt.

Begründung:

Der Besuch Erdogans in Köln vor wenigen Wochen, seine türkischsprachige Plakatkampagne und die Inhalte seiner politischen Reden in der KölnArena waren für die Bemühungen zahlreicher gesellschaftlicher und politischer Kräfte der Bundesrepublik Deutschland um die Integration der in unserem Land lebenden Türken in die deutsche Mehrheitsgesellschaft kontraproduktiv. Sie haben den Kölnern direkt und plakativ vor Augen geführt, daß die türkisch-islamische Parallelgesellschaft in der Domstadt durch die türkische Regierung gestützt wird. Menschen türkischer Herkunft, die Integrationsbemühungen verweigern, können sich dabei nunmehr unmittelbar auf die Regierung in Ankara und deren deutsche Partner berufen.

Groß-Moscheen mit einem türkischsprachigen Imam, der in der Türkei ausgebildet wurde, schaden den Integrationsbemühungen ebenso wie Schulen und Universitäten mit

türkischsprachigen Lehrern und Professoren, die vom türkischen Staat bezahlt werden und bei ihm ihre Loyalitäten haben.

Nachdem Köln im Februar Schauplatz der Wahlkampf- und Desintegrationsbemühungen Erdogans geworden ist, hat der Rat der Domstadt ein besonderes Mandat, zu den politischen Forderungen und dem Auftritt des türkischen Ministerpräsidenten Stellung zu beziehen. Dies soll mit der obenstehenden Resolution geschehen.

gez. Rouhs